Außenhandel Chinas und insbesondere dem Handel zwischen China und England auch nur einigermaßen schaden könnte. Im Gegenteil. Jene Lösung der Fragen, vor denen China steht, die meiner Ansicht nach die beste ist, nämlich die Schaffung eines neuen zentralisierten, demokratischen China, das unabhängig ist und frei von jeder Verletzung seiner Hoheitsrechte, würde die Entfaltung des Handels zwischen China und anderen Ländern, insbesondere England, im höchsten Maße fördern.

Ich verheimliche nicht, daß unsere Regierung und unsere öffentliche Meinung mit dem Kampfe des chinesischen Volkes um die Erreichung dieser Ziele, das heißt um die völlige Freiheit und Unabhängigkeit des Landes und um die Schaffung einer zentralisierten, demokratischen Ordnung, sympathisieren. Diese Sympathie bedeutet aber keinesfalls eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. Unsere Politik vermeidet in der strengsten und sorgfältigsten Weise alles, was als eine solche Einmischung gedeutet werden könnte.

Ebenso ist die Behauptung, daß unsere Regierung in China einen chaotischen Zustand schaffen oder unterstützen will, die gröbste Lüge. Im Gegenteil! Unsere Regierung und unsere öffentliche Meinung stehen der Schaffung einer demokratischen Ordnung in China, die dem chinesischen Volke die von außenher ungestörte friedliche Entwicklung gewährleisten würde, sympathisch gegenüber. Gerade die imperialistischen Mächte unterstützen in China einmal den einen, einmal den anderen General oder Generalgouverneur, verewigen dadurch in China den Bürgerkrieg und machen die Schaffung einer demokratischen Ordnung unmöglich. Gerade unsere Regierung erachtet dagegen den Sieg der chinesischen Demokratie als jenen Ausweg, der vom Gesichtspunkte der Beziehungen Chinas zu anderen Ländern am nützlichsten und zweckmäßigsten sein wird.

Wenn aber unsere Regierung mit einer solchen Lösung sympathisiert, so ist das Grundprinzip ihres Verhältnisses zu China jedenfalls die völlige und folgerichtige Achtung der souveränen Rechte des chinesischen Staates. Ich halte für unsere Regierung jeden Versuch, China gegenüber die Rolle des Protektors zu spielen und zugunsten dieser oder jener Kräfte in ihrem inneren Kampfe einzugreifen, für völlig ausgeschlossen. Das chinesische Volk ist der Herr seines eigenen Schicksals und es soll es auch sein, — das ist unser Grundprinzip gegenüber China ebenso, wie wir auch gegenüber jedem anderen Volke das gleiche Prinzip restlos anwenden.

Das chinesische Volk hat Lord Birkenhead nie damit beauftragt, statt seiner zu beschließen, wie es sich selbst zu verwalten habe. Ist denn China formell eine Kolonie und nicht ein selbständiges Land? Hat denn China nicht seine eigene Regierung? Auf welcher Grundlage faßt Lord Birkenhead Beschlüsse für das chinesische Volk und für die chinesische Regierung? In der Epoche des Bestehens der väterlichen Macht hat der Vater über seine Kinder verfügt und für sie Beschlüsse gefaßt. Auf welcher Grundlage geht nun Lord Birkenhead in gleicher Weise gegenüber dem chinesischen Volke vor? Was würde Lord Birkenhead sagen, wenn ein Mitglied einer anderen Regierung in gleicher Weise über das Schicksal Englands verfügen würde? Das chinesische Volk hat das Recht, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Wenn es seine politischen oder wirtschaftlichen Beziehungen in einer oder anderen Weise ausgestalten will, so ist das seine Sache und untersteht seinem eigenen Willen. Ueber das chinesische Volk kann einzig und allein das chinesische Volk verfügen.

Nicht weniger absurd als die Beschuldigung, daß wir bestrebt seien, in China ein Chaos hervorzurufen, ist die andere Beschuldigung, daß unsere Regierung oder unsere Agenten bestrebt wären, in China eine Bewegung gegen alle Ausländer überhaupt zu schüren. Das internationalistische Programm jener Partei, die bei uns an der Macht steht, ist eine genügende Bürgschaft dafür, daß unsere Regierung oder ihre Agenten sich niemals als Ziel stecken werden, in einem Volke Haß gegen alle anderen Völker zu erwecken. Im Gegenteil. Wir verhalten uns gegenüber der Entwicklung progressiver Grundlagen, der Entfaltung der Produktivkräfte und der engsten Verbindung des chinesischen Volkes mit allen anderen Völkern mit der größten Sympathie gegenüber.

Lord Birkenhead geht weiter und beschuldigt unsere Regierung dessen, daß sie angeblich bestrebt sei, das britische Reich zu zerstören und daß sie überall eine Bewegung unterstütze, die für die ganze Menschheit eine Plage sei. Weshalb vergißt der Herr Minister, zu erwähnen, daß es unsere Regierung war, die vom ersten Augenblicke der faktischen Beziehungen zwischen unserer Regierung und Großbritannien der englischen Regierung fortwährend und wiederholt vorgeschlagen hatte, alle Streitfragen, die unsere Länder voneinander trennen, zu prüfen, um ein Abkommen im Interesse beider Parteien ausarbeiten zu können?

Im vorigen Jahre war bereits in einigen wichtigsten Streitfragen eine Verständigung erreicht worden, und Lord Birkenhead kann außer seiner eigenen Regierung niemand dessen beschuldigen, daß dieser Versuch erfolglos endete. Infolge der Desavouierung dieser Verständigung durch die jetzige englische Regierung versuchen nun Lord Birkenhead und andere mit ihm, unserer Regierung irgendwelche aggressive Absichten in der Weltpolitik zuzuschreiben. Unsere Regierung versuche angeblich, das britische Reich zu zerstören. Möge aber Lord Birkenhead daran denken, daß nicht nur unsere Regierung der Initiator aller Verständigungsversuche mit England gewesen ist, sondern daß die Versuche der Gefährdung der äußeren Sicherheit unseres Staates gerade von den Großmächten ausgegangen sind. Die freundlichen Beziehungen, die sich zwischen der Sowjetunion und den Staaten des Ostens anbahnen und sich mit jedem Tage befestigen, sind das Ergebnis dessen, daß unsere Regierung das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen in unserem Lande durchführte und daß wir weiterhin dieses Prinzip in noch höherem Maße durchführen werden. Jedenfalls war schon eine Verständigung zwischen uns und England vorhanden, und sie wurde nicht von uns vernichtet. Ich habe schon öfter erklärt, daß unsere Regierung vollkommen bereit ist, im Interesse der Befestigung des Weltfriedens und der Schaffung friedlicher Beziehungen sich mit jedem Staate zu verständigen.

Das ist die beste Widerlegung jener lügenhaften und verleumderischen Angriffe auf unsere Regierung, die mit den chinesischen Ereignissen im Zusammenhang stehe und die gegenwärtig in einem bedeutenden Teil der ausländischen Presse Raum gefunden haben.

Genossen Heckert und Pfeiffer aus der Haft entlassen

Im Haushaltungsausschuß des Reichstages wurde der kommunistische Antrag auf Haftentlassung der Genossen Heckert und Pfeiffer mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen. Das Zentrum stimmte für den Antrag. In der Sitzung des Plenums wurde der Beschluß des Ausschusses auf Antrag des Genossen Stöcker als erster Tagesordnungspunkt behandelt. Der Berichterstatter Landsberg (Soz.) teilte mit, die Auffassung des Zentrums sei, man könne es nicht verstehen, daß Heckert und Pfeiffer sich in Haft befänden, während Remmele, Stöcker und Koenen gegen die dieselben Anklagen vorlägen, nicht verhaftet würden. Mit 170 gegen 143 Stimmen wurde dann der Haftentlassungsantrag im Plenum angenommen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die beiden Genossen noch heute nachmittag frei. Genosse Pfeiffer ist seit 4. März 1924, Genosse Heckert seit 31. Oktober 1924 in Haft.

Die Massenbewegung des deutschen Proletariats hat also auch das Zentrum gezwungen, seinen bisherigen Standpunkt aufzugeben. Die Arbeiterschaft hat einen Beweis, daß ihr Proteststurm gegen die Justizschande Wirkung hat. Mit der Haftentlassung der beiden Genossen ist erst ein kleiner Teil dessen erreicht, was die Arbeiter fordern müssen: sie lassen sich nicht mit einigen Brocken abspeisen; sie verlangen die Generalamnestie. **Heute nachmittag geht dem Reichstag die Amnestievorlage der Reichsregierung zu. In diesem Augenblick heißt es alle Kräfte anzuspannen: nicht nur Heckert und Pfeiffer, die 7000 müssen frei werden!**

Wir begrüßen unsere Genossen Heckert und Pfeiffer in unseren Reihen zu neuer Arbeit. Möge der Druck der Arbeiter auch die übrigen Klassenkämpfer baldigst befreien.

Kommunisten und Sozialdemokraten verlassen den Aufwertungsausschuß

Der Aufwertungsausschuß des Reichstags setzte am Mittwoch, zu Beginn seiner letzten, als kurze Schlußsitzung gedachten Sitzung den von ihm in den letzten Monaten geleisteten Schamlosigkeiten die Krone auf. Immer wieder wenn Kommunisten, Sozialdemokraten oder Demokraten für die meistgeschädigten und bedürftigsten Schichten der Inflationsopfer mehr oder weniger geringe Mehrleistungen beantragt hatten, hatte sich ein Regierungsvertreter oder ein Vertreter der Regierungsparteien erhoben und hatte feierlich erklärt: Die bisher angesetzten Beträge sind das äußerste, was für die Aufwertung der Anleihen verwendet werden kann. Jede Million darüber hinaus macht das ganze Gesetz für die Regierung unannehmbar. Am Mittwoch aber, drei Minuten vor Toresschluß, überraschten plötzlich die Regierungsparteien mit einem eiligst eingebrachten mündlichen Antrag, wonach noch ein weiterer Betrag von 75 Millionen (fünfundsiebzig Millionen) aufgewendet werden sollte. Der Verwendungszweck wurde in raffinierter Verschleierung zum Ausdruck gebracht, indem beantragt wurde, daß „jährlich 5 Millionen" 15 Jahre lang als Wohlfahrtsrenten den im Artikel 137 der Reichsverfassung bezeichneten öffentlich rechtlichen Gesellschaften zugewiesen werden sollte. Diese „öffentlich rechtlichen Gesellschaften" sind nichts anderes als die katholische, protestantische und jüdische Kirche und die sonstigen öffentlich rechtlichen Religionsgesellschaften, kurzum das Pfaffentum aller Schattierungen.

Der kommunistische Redner im Ausschuß, Genosse Korsch, griff diese erneute unerhörte Schamlosigkeit der Regierungsparteien heftig an.

Als Protest gegen diese neueste und größte Schamlosigkeit der Aufwertungsbetrüger verließen die Kommunisten und im Anschluß an sie auch die Sozialdemokraten den Sitzungssaal. Sie überließen der Regierung der Inflationsgewinnler allein die Verantwortung für die Vollendung der Vorbereitungen ihres Raubzuges gegen die Inflationsopfer. Sie werden das, was sie in dieser Sache noch zusagen haben, nicht hinter den verschlossenen Türen im Ausschuß, sondern im Plenum des Reichstags und vor der breiten Oeffentlichkeit mit aller für diesen Fall angebrachten Energie und Schärfe zu sagen wissen.

Abschiedskundgebung der Delegation nach Rußland

Berlin, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern fanden Massenkundgebungen der Berliner Arbeiterschaft anläßlich der Fahrt der deutschen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland statt. 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen waren erschienen. Da der Saal überfüllt war, mußten drei Parallelversammlungen abgehalten werden. Es waren auffällig viel SPD.-Arbeiter und Reichsbannerleute erschienen. Nach den Ansprachen verschiedener Delegierter, darunter bekannter SPD.-Arbeiter, wurde nach einem Referat von Ruth Fischer folgende Resolution angenommen:

„Die heute zur Abreise der ersten deutschen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland versammelten Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen begrüßen aufs freudigste diesen ersten Schritt zur Herstellung eines festen Bündnisses zwischen der siegreichen russischen Arbeiterschaft mit der deutschen. Die Versammlung begrüßt insbesondere, daß mehr als zwei Drittel der Arbeiter-delegierten Sozialdemokraten sind, die sich trotz der Verleumdungen, die vom „Vorwärts" über Rußland in die Welt gesetzt wurden, selbst die Meinung über Sowjetrußland holen wollen. Dieser Schritt ehrlicher Arbeiter aus den Betrieben ist um so mehr ein großer Moment, indem in Marokko und China die ersten Kriegsflammen emporschlagen und überall lebhaft gerüstet wird und in Deutschland der Hindenburgkurs sich im Zeichen wucher wachsender Reaktion auszuwirken beginnt. Deshalb rufen wir den abreisenden Kollegen zu: Vergesset nicht, daß hinter euch nicht nur eure Wähler aus den Betrieben stehen, sondern das ganze internationale Proletariat, das im tiefsten Innern fühlt, Sowjetrußland ist die erste Festung der Weltrevolution, Sowjetrußland ist die Hoffnung aller Unterdrückten. Darum, Kollegen, gehen unsere revolutionären Wünsche und unsere brüderlichen Grüße mit euch zu den russischen Arbeitern, denen wir über die Grenze die Hände reichen. Wir bitten die morgen nach Rußland reisende Delegation, diese Grüße unseren russischen Brüdern zu übermitteln."

Auch eine Resolution für die Befreiung der politischen Gefangenen wurde angenommen. Die Abreise der Rußland-Delegation erfolgt heute nachmittag 3 Uhr 30 Minuten vom Stettiner Bahnhof.

China — Marokko

Die Kämpfe in China

Militärdemonstration englischer Truppen.

(WTB.) **Hongkong.** Hier wurde am 8. Juli von den Engländern ein großer Demonstrationszug veranstaltet, an dem Matrosen, Seesoldaten, reguläre Truppen in Stahlhelm und Feldausrüstung, Freiwilligenkorps und indische Truppen teilnahmen. — Die Polizei hat zwischen 20 und 30 arbeitslose Chinesen verhaftet, die deportiert werden sollen.

Meldungen aus Tschungking besagen, daß das japanische Viertel den ganzen Tag über von Chinesen eingeschlossen war.

Schanghai. Eine Anzahl von Straßenbahnangestellten hat am 7. Juli früh infolge von Drohungen die Arbeit niedergelegt.

Wie aus Hongkong gemeldet wird, hat der chinesische Gouverneur von Hongkong eine Verordnung erlassen, wonach alle Streikenden verhaftet und ausgewiesen werden müssen. In Schanghai sind infolge des Ausstandes der Elektrizitätsarbeiter 35 000 Arbeiter arbeitslos geworden, und zwar besonders die Arbeiter der chinesischen Baumwollspinnereien.

(WTB.) **Paris.** Die Kammer hat die Ratifizierung des am 6. Februar 1922 in Washington unterzeichneten Abkommens in Angriff genommen. Der kommunistische Abgeordnete Cachin wandte sich gegen die falschen Berichte, die über die Unruhen in China verbreitet würden, und sagte, wenn die unterdrückten Völker sich an das bolschewistische Rußland wendeten, geschehe es, weil die Bolschewisten sie beschützen wollen. China besonders habe sich an das bolschewistische Rußland gewandt, weil dieses seine Unabhängigkeit restlos anerkannt habe.

Die Imperialisten wollen die chinesisch-russische Freundschaft stören

(WTB.) **Moskau.** Tschitscherin hat an den chinesischen Gesandten in Moskau eine Note gerichtet, in der er unter Berufung auf den in dem Vertrage zwischen Sowjetrußland und China erklärten Verzicht der Sowjetunion auf die Kapitulationsrechte in China darauf hinweist, daß das Gerichtsverfahren gegen den Sowjetbürger Dosser, der von der Auslandspolizei in Schanghai verhaftet worden war, vor dem sogenannten Gemischten Gericht widerrechtlich sei, und zwar nicht nur hinsichtlich der materiellen Anklagepunkte, sondern auch vom Standpunkte der direkten Verletzung des Vertrages, der zwischen China und Rußland abgeschlossen wurde. Tschitscherin ersucht in der Note den Gesandten, dringende Maßnahmen zur Befreiung des von den Auslandsbehörden auf chinesischem Boden der Freiheit beraubten Dosser zu ergreifen und ein Strafverfahren gegen die Schuldigen einzuleiten.

Überall Sinowjew!

In China — In Marokko

«PS. Edler Sir David! In Ergänzung Ihrer Enthüllungen über Sinowjew die Mitteilung, daß dieser Mensch von so verwegenem Lebenswandel, gegenwärtig als Sardine verkleidet, die Gewässer des Pacific-Ozeans aufwühlt.

(Aus der „Prawda" Nr. 138)

Russische Gewerkschaftsdelegation nach China

(Inprekorr.) **Moskau.** Auf die Einladung der chinesischen Gewerkschaftsföderation beschloß der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion, eine dreigliedrige Delegation unter Führung des Vertreters des Zentralkomitees der Metallarbeiter-Gewerkschaft, Lepse, nach China zu entsenden.

Weitere Riffabylensiege

(TU.) **Paris.** Aus Fez wird gemeldet, daß die französischen Garnisonen von Puska und von Ouledala von den Truppen geräumt worden sind.

Nach Meldung des „Liberal" aus Melilla ist die Linie Taza—Algier (Anara?) von den Riffabylen durchbrochen worden. Bei Taurirt ist ein Flüchtlingslager aus zusammengestellten Eisenbahnwagen errichtet worden. Die Lage der Franzosen wird hier als schwierig beurteilt.

Neue 800 Millionen für Marokko

(TU.) **Paris.** In der Kammer brachte Painlevé einen Gesetzentwurf ein, der für Marokko einen Zusatzkredit in Höhe von 800 Millionen Franken fordert.

Man erwartet eine Debatte über die Lage in Marokko, da die Kommunisten in die Erörterung einzutreten gedenken, die Ministerpräsident Painlevé gestern abgelehnt hatte, als der Abgeordnete Vaillant-Couturier die sofortige Behandlung seiner Interpellation forderte. Es ist aus diesem Anlaß zu außerordentlichen Lärmszenen gekommen, an denen sich auch ein Besucher der Tribüne beteiligte.

Wie verlautet, wird England eine Verstärkung der Truppen in Tanger aus Eifersucht zu Frankreich ablehnen.

In Chalons-sur-Saone haben die Sozialisten eine Versammlung abgehalten und ihre Abgeordneten und Senatoren aufgefordert, die Unterstützung des Kabinetts Painlevé einzustellen, weil sie nicht dem Willen der Wähler entspreche.

Kriegskonferenz

(WTB.) **Stockholm.** Nach einer hier eingegangenen Meldung aus Helsingfors hat der Außenminister **Estlands** die Regierungen **Polens, Lettlands und Finnlands** zu einer Konferenz der Außenminister eingeladen. Die Konferenz findet am 23. Juli in Reval statt.

Rüstet zur Antikriegskundgebung am 2. August in Leipzig